



## **SPD-Wehrpolitiker in Celle: "Mehr für Etat der Bundeswehr tun"**

**Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, stellte sich in Celle den Fragen seiner Fraktionskollegin Kirsten Lühmann.**

CELLE. Die Konflikte in der Welt sind durch die terroristischen Attacken in Frankreich nun auch in Europa und bei uns in Deutschland angekommen. „Die militärische Verantwortung Deutschlands in der Welt ist nach wie vor nicht wirklich geklärt“, sagte Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, am Dienstagabend in Celle. „Der Terrorismus braucht als Antwort Menschen, die sich schützend vor die bedrohten Menschen stellen und bereit sind, sie zu verteidigen, sonst werden die Brutalsten über die Friedliebenden siegen.“

Bei der zweiten Veranstaltung der Reihe „Kirsten trifft“ stellte sich der Verteidigungsexperte den Fragen der SPD-Bundestagsabgeordneten Kirsten Lühmann zum Thema: „Welche Verantwortung trägt Deutschland in der Welt und welche Streitkräfte brauchen wir dafür?“

„Wir müssen Polizei und Streitkräfte so ausstatten, dass sie ihre Aufgaben erledigen können. Das bedeutet, dass wir mehr für den Etat der Bundeswehr tun müssen. In ganz Europa geben wir 260 Milliarden Euro für die militärische Ausstattung aus. Das sind nur 40 Prozent der Ausgaben, die die USA darin investieren“, so Arnold. Die Bundeswehrreform müsse gemeinsam mit den europäischen Partnern im Bereich Personal und Technologie weiterentwickelt, militärische Fähigkeiten verzahnt werden.

Arnold und Lühmann waren sich bezüglich der Flüchtlingsproblematik darin einig, dass „wir die Türken, Griechen, Italiener und Jordanier nicht alleine lassen dürfen“, so der verteidigungspolitische Sprecher der SPD. Deutsche Hilfe bei der Aufnahme von weiteren Flüchtlingen sei daher notwendig.

Die Fragen des Celler Publikums beantwortete Lühmanns Gast geduldig und schlagfertig. Die Zuhörer fragten Arnold beispielsweise, ob die Größe der Bundeswehr angemessen sei, und ob er einen militärischen Einsatz in Syrien und im Irak für sinnvoll halte.

Die derzeitige Anzahl von 170.000 Berufssoldaten sei angemessen und sollte keinesfalls reduziert werden, erklärte Arnold: „Wir müssen sicherheitspolitisch vorsorgen, weil wir die Zukunft nicht kennen.“

Ein militärischer Einsatz Europas in Syrien sollte nach Meinung des Verteidigungspolitikers das äußerste Mittel sein. „Die Situation dort ist verzwickelt, weil sich so viele Fronten gleichzeitig bekämpfen. Die Menschen in Syrien und im Irak gehen uns was an. Wir müssen helfen, wo wir können und Ausbildungs- und Ausstattungsleistungen erbringen.“ Wichtig sei es zudem, „der Türkei deutlich zu machen, dass der IS der eigentliche Feind ist, den wir alle gemeinsam bekämpfen müssen“, so Arnold.

Angesichts der Torgefahr brauche Europa außerdem besser verzahnte Nachrichtendienste und ein durchgehendes IT-System zur Identifizierung, sagte der SPD-Politiker.

Nach den schrecklichen Ereignissen in Paris hat Angela Merkel der französischen Regierung Unterstützung zugesagt. Arnold kann sich vorstellen, dass diese Unterstützung bedeute, weitere Bundeswehrsoldaten nach Mali zu schicken, um dort die UN-Friedensmission zu unterstützen und „stabilisierend zu wirken“. Im Süden Malis gebe es eine europäische Ausbildungsmission und im Norden die UN-Friedensmission.

„Da Frankreich nun 10.000 eigene Soldaten im Inland einsetzt, braucht es Entlastung der großen Streitkräfte in Nordafrika. Dort kann Deutschland mit den niederländischen Partnern gute Hilfe leisten“, so Arnold.

Autor: Jessica Poszwa, geschrieben am: 18.11.2015

[Artikel drucken](#)